

Kurzinformationen

zusammengestellt von Sabine Meyer und Ahmed Fazl

Regierungspartei BNP bestätigt Begum Khaleda Zia

Auf der vierten Sitzung ihres Nationalrates im September hat die regierende 'Bangladesh Nationalist Party' (BNP) Regierungschefin Begum Khaleda Zia als Parteivorsitzende bestätigt. Die über 2.000 Parteifunktionäre aus allen Landesteilen verabschiedeten außerdem zwei wesentliche Änderungen in Parteistatut und Regierungsform: Statt dem in der Verfassung verankerten System der Präsidialregierung ist durch eine Verfassungsänderung die parlamentarische Demokratie formell eingeführt. Die Partei bekennt sich zur Marktwirtschaft anstatt der bisher praktizierten "mixed economy".

Trotz der Wiederwahl von Begum Zia wurde von den Delegierten doch einige Kritik laut. So fordert man

vor allem eine Demokratisierung der Partei und eine verbesserte Organisation an der Basis.

Für Begum Zia kommt der als großangelegte Show inszenierte Parteitag mit über 100.000 Delegierten und noch einmal doppelt so vielen Anhängern als Wahlkampfauftakt nicht ungelegen. Zwar sind Wahlen nicht vor Februar 1996 fällig, es wird aber spekuliert, daß Zia die Wahlen vorziehen wird, um einem drohenden weiteren Popularitätsverlust vorzubeugen.

Begum Zia griff ihre bisherigen inoffiziellen Verbündeten von der 'Jamaat-i-Islami' indirekt an, indem sie islamisch-fundamentalistische Gruppen beschuldigte, kommunalistische Unruhen zu schüren. Viele Parteiführer machen die 'Jamaat-i-Islami' verantwortlich für die Angriffe auf Hindu-Prozessionen im August, die die BNP hätten in Diskredit bringen sollen.

'Flood Action Plan:' Erfolg im Europaparlament

Im Mai dieses Jahres hatten die Grünen in Zusammenarbeit mit NROs aus mehreren europäischen Ländern im Europa-Parlament eine Konferenz zum Flood Action Plan (FAP) organisiert (siehe 'Südasiens', 5-6/93). Die europäische Öffentlichkeit sollte aufgerüttelt werden, und das gelang besser als erwartet. Unter dem Eindruck der Konferenz verabschiedete das Europa-Parlament mit den Stimmen fast aller Fraktionen im Juni eine Resolution, die von der EG verlangte, die beschlossenen Finanzierungen von Konstruktionsmaßnahmen so lange auszusetzen, bis genauere Angaben über die sozioökonomischen, technischen und ökologischen Folgen vorliegen und bis garantiert ist, daß die Interessen der von den Maßnahmen betroffenen Bevölkerung be-



Anhänger der regierenden Bangladesh Nationalist Party während ihres Parteitages am 1. September 1993 in Dhaka. (Foto: Ahmed Fazl)

rücksichtigt werden.

Nach neuesten Informationen ist die EG-Kommission entschlossen, ihre FAP-Politik den Forderungen des Europa-Parlaments anzupassen. Gelder, die ursprünglich für erste Baumaßnahmen im Rahmen des 'Jamalpur Priority Project' (JPP) fließen sollten, werden statt dessen vorerst lediglich für weitere Studien zur Folgenabschätzung und Maßnahmen zur Beteiligung der betroffenen Bevölkerung verwendet. Das 'Jamalpur Priority Project', finanziert von der EG und Frankreich, stellt einen Testfall dar für das Grundkonzept, daß dem gesamten FAP zugrunde liegt: Wasser ist eine Belastung und soll, koste es, was es wolle, aus dem Weg geräumt werden. Eine Kombination aus Flutkontrollmaßnahmen wie Deichen und Schleusen, soll den Wasserstand kontrollieren, und den Einsatz von moderner Agrartechnologie wie z.B. Hohertragsgetreidesorten während der Monsunmonate ermöglichen.

Erst wenn die Ergebnisse der Studien erfolgversprechend ausfallen und zudem "der institutionelle Rahmen des FAP geklärt" ist, so gab die Kommission jetzt bekannt, soll die Umsetzung des JPP erwogen werden. Frühestens 1996!

Stattdessen wird nun einem weiteren EG-Projekt mehr Gewicht eingeräumt: das 'Coastal Rehabilitation Project' in Kooperation mit der Weltbank. Mehr als bisher soll die Aufmerksamkeit statt der Eindeichung von Flüssen der Vorbeugung gegen Küstenüberschwemmungen gewidmet sein, die in weit größerem Ausmaß das Leben der Bevölkerung bedrohen, aber im FAP bisher eine untergeordnete Rolle spielten. Die Weltbank wird voraussichtlich im Oktober eine abschließende Entscheidung über ihre Beteiligung fällen. Sie erfolgt auf der Basis der von der EG-Kommission finanzierten Umweltverträglichkeitsstudie.

Der Schwenk auf EG-Ebene dürfte nicht ohne Einfluß auf nationale europäische Politiken bleiben: z.B. für den Hardliner Frankreich, der seit her unter sozialistischer Ägide Bangladeshs Deichstrategen am meisten den Rücken gestärkt hat. Es ist auch aufschlußreich, wie sich dieser Wandel bei der Weltbank niederschlägt: In dem persönlichen Bericht, den der stellvertretende Direktor der Umweltabteilung der Weltbank im Anschluß an seinen Konferenzaufttritt anfertigte, beklagt Andrew Steer, daß die Weltbank wieder einmal als Prügelknabe für

die verfehlte, kapitalintensive Politik einzelner Regierungen erhalten müsse. Gerade der Koordinierung der Weltbank sei es doch zu verdanken, daß das von den Herren Mitterand und Atali seinerzeit propagierte "wirklich katastrophale" 10-15 Milliarden Projekt inzwischen auf maximal eine Milliarde US\$ geschrumpft worden sei. Nur dem Einfluß der Weltbank könne es zugegute gehalten werden, wenn die betroffene Bevölkerung und die Umwelt in der Planung berücksichtigt werden!

**Erstes Nachfolgetreffen der
INTERNATIONAL FLOOD
ACTION CAMPAIGN COALITION
29-31 Oktober 1993 in Berlin**

*Natur Freunde Jugend
Karl-Renner-Haus
Ringstraße 76-77
Berlin-Lichterfelde*

Information und Anmeldungen:
IAO-Network International
Georgenkirchstraße 70
10249 Berlin
Tel.: 030/4283221
FAX: 030/4283223

Generalstreik legt Dhaka lahm

Die größte Oppositionspartei, die 'Awami League', hatte in Dhaka und anderen größeren Städten anläßlich des 18. Jahrestages der Ermordung ihres Parteiführers und damaligen Staatschefs Sheikh Mujibur Rahman durch putschende Armeeoffiziere, zum Generalstreik aufgerufen. Dem Aufruf wurde weitgehend gefolgt, sodaß in Transportunternehmen, Banken und Geschäftszentren und selbst in Regierungsbüros die Arbeit niedergelegt wurde. Die 'Awami League' unter der Führung von Mujibur Rahmans Tochter Sheikh Hasina will mit dem Streik erreichen, daß die für den Staatstreik und Mujibur Rahmans Ermordung verantwortlichen Offiziere endlich vor Gericht gestellt werden, was durch einen Verfassungszusatz bisher verhindert wird.

Neue Partei gegründet

Die neue Partei 'Gano Forum' mit Dr. Kamal Hussain, einem Ex-Minister der 'Awami Liga' und engen Vertrauten des Ex-Präsidenten Sheikh Mujibur Rahman an der Spitze, konstituiert sich u.a. aus führenden Köpfen der 'Awami League',

der 'Communist Party (Reformists)' und der 'National Awami Party'. Dr. Hussain gilt als Architekt der neuen Verfassung von Bangladesh von 1971 und hat sich aufgrund der mangelnden innerparteilichen Demokratie von der oppositionellen 'Awami League' unter ihrer Führerin Sheikh Hasina getrennt. Die Überlebensfähigkeit der neuen Partei hängt davon ab, ob es ihr gelingt, eine solide Basis aufzubauen. Der Generalsekretär der regierenden BNP, Abdus Salam Talukdar, erklärte, die neue Partei habe keine Zukunft, da sie sich nur aus einigen politischen Persönlichkeiten zusammensetze und keinen Kontakt zum Volk habe. Noch vor kurzem hatte Kamal Hussain in einem Interview mit 'Südasiens' erklärt, er strebe nicht den Austritt aus der 'Awami League' und die Bildung einer neuen politischen Partei an.

Landwirtschaftsminister unter Korruptionsverdacht

Die Opposition beschuldigt den Minister für Landwirtschaft, Bewässerung und Flutkontrolle und den engen Vertrauten von Begum Khaleda Zia, Majidul Huq, im Zusammenhang mit dem 'Flood Action Plan' der Weltbank Bestechungsgelder in Millionen-Dollar-Höhe von Bauunternehmen entgegengenommen zu haben. Der Minister bestreitet die Vorwürfe, die nun von einer Allparteien-Untersuchungskommission geprüft werden sollen. Die Vorwürfe der Opposition gegen Huq und andere Minister sind gerade für die regierende BNP besonders unangenehm. Sie war mit dem Anspruch angetreten, die Korruption zu bekämpfen.

Fundamentalistenführer erhält Staatsbürgerschaft zurück

Der oberste Gerichtshof von Bangladesh hat dem Antrag von Golam Azam, dem umstrittenen Führer der Moslempartei 'Jamaat-i-Islami', auf Wiederanerkennung der Staatsbürgerschaft stattgegeben (siehe Südasiens, 5-6/93). Azam weist die Vorwürfe zurück, für die Ermordung von Tausenden von Zivilisten im Unabhängigkeitskrieg von 1971 verantwortlich zu sein. Er räumt allerdings ein, eine Bürgerwehr angeführt zu haben, die die pakistanische Armee beim Kampf gegen die Guerilla aus Bangladesh unterstützt habe. Eine Bürgerinitiative verlangt weiterhin die Verurteilung zum Tode für Golam Azam.